

# Thesen zur Gründung der Partei *Alternative für Deutschland*

von Wolfgang Gedeon

veröffentlicht am 11.4.2013 unter [www.wgmeister.de](http://www.wgmeister.de)

## *Gliederung*

- I. Parteienpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland
- II. Konsequenzen für die Grundhaltung der *Alternative für Deutschland* (AfD)
- III. Geostrategischer Hintergrund des Euro und wirtschaftspolitische Folgen
- IV. Weitere wichtige Themen für die Programmentwicklung der AfD

## I. Parteienpolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland

1.1 Das politische Spektrum der Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten 20 Jahren stark nach links verrückt worden:

- keine Talkshow mehr ohne einen Vertreter der PDS-Linken;
- die Grünen in zahlreichen Regierungen, in Stuttgart sogar als Ministerpräsident;
- die C-Parteien nur noch als allenfalls gemäßigte Linksparteien agierend: von der Frauenquote über die Zuwanderungspolitik („Deutschland ein Einwanderungsland“) bis hin zu einer EU-Politik, die die Auflösung des deutschen Nationalstaats in großen Schritten vorantreibt.

1.2 Die FDP ist zu einer Partei geworden, die selbst nicht mehr weiß, wofür sie steht. Es sieht so aus, als wäre es ihre wichtigste Aufgabe, noch ein Thema zu finden, das sie vor dem drohenden Untergang bewahrt. Sie ist eine überflüssige Partei geworden.

1.3 Die freien Wählergruppen leisten zum Teil gute Arbeit im kommunalen Bereich. Im landes- und bundespolitischen dagegen wirkt sich ihre politische Unbedarftheit und Konzeptlosigkeit problematisch aus. Eine Partei, die, wie die Freien Wähler in Bayern, sich zum Steigbügelhalter rot-grüner Machtergreifung machen will, ist nicht nur unnötig, sondern schädlich.

1.4 In dem Maß, wie in Deutschland die Linke hofiert wird, wird die Rechte dämonisiert. Man setzt sich mit Letzterer nicht politisch auseinander, sondern kriminalisiert sie, wobei man versucht, diese Kriminalisierung großflächig in den demokratischen Bereich der gemäßigten und gewaltfrei agierenden Rechten (sog. Rechtspopulisten) auszuweiten. Die tatsächlich sehr große (rechte) Gefahr, die vom politischen Islamismus ausgeht, wird bagatellisiert oder völlig ausgeblendet.

1.5 Wir haben im politischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland also eine übermäßig entwickelte und zunehmend Macht ergreifende Linke, eine schwache und diskriminierte Rechte und ein Loch in der Mitte. Auf Dauer stellt dieser Zustand eine Gefährdung der Demokratie in Deutschland dar.

1.6 Von daher ist die Gründung einer Partei, die explizit beansprucht, das Loch in der Mitte zu füllen, nicht nur zur Lösung des Euro-Problems notwendig, sondern noch mehr zur Sicherung eines demokratischen Deutschlands in der Zukunft.

1.7 Die neue Partei AfD muss sich im politischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland zwischen C-Parteien und Rechtspopulisten verorten: zwischen karrieristischer Prinzipienlosigkeit (bei den C-Parteien), die sich opportunistisch US-amerikanischen Politikvorgaben unterwirft, und fundamentalistischen Übersteigerungen (bei den Rechtspopulisten), die zum Beispiel bei der Auseinandersetzung mit dem Islam nicht mehr im nötigen Maß zwischen unpolitischer Religionsausübung und Religionsfreiheit einerseits und politischem Islamismus andererseits unterscheiden. Es ist notwendig, sich programmatisch immer wieder von beiden Nachbarn des politischen Spektrums abzugrenzen.

1.8 Man wirft der AfD vor, eine eindimensionale Partei zu sein. Da sie nur das Thema *Euro* besetze, sei sie de facto keine Partei, sondern nur ein Aktionsbündnis. Es gibt aber Zeiten, in denen ein Thema derartig dominant wird, dass es alle anderen Themen überlagert und diese nicht gelöst werden können, wenn nicht das zentrale Thema gelöst wird. Wenn die Zeit drängt und große Gefahr durch die Nichtlösung des Zentralproblems droht, kann es nicht nur legitim, sondern notwendig sein, als Aktionsbündnis, das noch keine ausgereifte Partei im konventionellen Sinn darstellt, in den Wahlkampf einzugreifen.

1.9 Wenn essenzielle Fortschritte in der Lösung des Zentralproblems erreicht sind, kann ein solches Aktionsbündnis möglicherweise wieder in divergierende Einzelströmungen auseinander fallen. Ob dessen Gründung aber sinnvoll war oder nicht, hängt nicht davon ab, ob es eine lange oder kurze politische Existenz hatte, sondern ob es wirkungsvoll bei der Lösung des zentralen politischen Problems eingreifen konnte oder nicht.

1.10 Das Euro-Problem kann, wenn man es nicht nur vordergründig währungspolitisch betrachtet, sondern seiner politischen Mehrdimensionalität gerecht wird (siehe unter III.), als zentrales Problem derzeitiger deutscher Politik aufgefasst werden. In diesem Sinn ist es politisch legitim und sinnvoll, dass die AfD bei der Wahl 2013 zum Deutschen Bundestag antritt.

1.11 Die weitere Existenzberechtigung der AfD hängt dann davon ab, in wieweit sie es versteht, die dem Euro-Thema impliziten Probleme aufzuschlüsseln und daraus ein grundsätzlich alternatives Politikprogramm zu entwickeln.

## II. Konsequenzen für die Grundhaltung der AfD

2.1 Insofern die AfD an der Schwelle zwischen Aktionsbündnis und Partei steht, also eine sehr junge Partei repräsentiert, wird in den nächsten ein bis zwei Jahren die programmatische Entwicklung der Partei eine besondere Rolle spielen.

2.2 Dabei ist eine *offene Haltung* der Partei gegenüber allen Problemen und Grundsatzfragen unabdingbare Voraussetzung. Alternativlosigkeit gibt es nicht nur beim Euro-Problem nicht! Die Suche nach Alternativen bei allen großen politischen Problemen unserer Zeit muss zur spezifischen Grundhaltung der AfD gehören. Das heißt nicht, dass man zu allem und jedem eine alternative Position einnehmen muss. Wohl aber muss es möglich sein, eine solche aufzuzeigen und grundsätzlich zu diskutieren. Es darf in dieser Partei keine Denkverbote im Vorhinein geben.

2.3 Die etablierten Parteien werden versuchen, die AfD argumentativ in die Defensive zu treiben. Speziell die rotgrünen Linken werden mit den Mitteln ihres sog. *Kampfes gegen Rechts* alle Anstrengungen unternehmen, um der AfD das Etikett „rechts“ oder „rechtspopulistisch“ oder gar „rechtsextrem“ anzuheften.

2.4 Immer wieder wird man als Beweis ein Mitglied zitieren, das hier dieses und ein anderes Mitglied, das dort jenes gesagt haben soll oder tatsächlich gesagt hat. Die AfD wäre dann nur noch damit beschäftigt, sich aller möglicher Vorwürfe zu erwehren. Deshalb gilt es, hier von Anfang an eine klare Position zu beziehen:

**Die AfD ist eine Partei der politischen Mitte.** Wer das infrage stellt, muss erst einmal beweisen, dass er selbst kein Linksextremist ist. Der sog. *Kampf gegen Rechts* aber ist ein taktisches Mittel aus der Propagandaküche der rot-grünen Linken. Er dient im Wesentlichen dazu, grundsätzliche Kritik am rot-grünen Politikkonzept schon im Ansatz als "rechts" bzw. "rechtsextrem" zu diffamieren und die rot-grüne Definitionshoheit in Medien und Politik langfristig abzusichern. Seine wichtigsten Kampfbegriffe sind „Stammtisch“, „Verschwörungstheoretiker“, „Europa-feindlich“ (womit man *EU*- feindlich meint), „ausländer-“, neuerdings „menschenfeindlich“, „Rassismus“, neuerdings vor allem „Kulturrassismus“ und, wenn gar nichts mehr hilft, „Antisemitismus“.

Statt rational zu argumentieren, inszeniert man in der Regel ein Empörungsritual und heftet dabei dem politischen Gegner eines oder mehrere dieser Etikette an. Auf solche Attacken sollte man gelassen reagieren und schon gar nicht versuchen, sich zu rechtfertigen. Vielmehr muss man diese Etikettierungsagitation als plumpe linke Diffamierungstaktik zurückweisen.

2.5 Die Hauptgefahr beim personalen und programmatischen Aufbau der AfD ist nicht, dass sie von Rechts unterwandert und zu einer NPD-Ersatzpartei wird, sondern dass rot-grünes Meinungsdictat (sog. political correctness) auch innerhalb der AfD die Diskussion fundamentaler Alternativen im Keim erstickt.

2.6 Eine demokratische Kultur wird in der AfD nur dann entstehen, wenn die Partei von Anfang an *antitotalitaristisch*, d.h. in gleicher Weise gegen Rechts- und

Linksextremismus ausgerichtet ist und nicht schon ihre Aufnahme in die Fahrgasse des Kampfes gegen Rechts geraten. Demokratische Kultur in die

esem Sinn zeigt sich nicht in investigativ-inquisitorischer Erforschung der Vergangenheit der Mitglieder, sondern in der Offenheit und im Inhalt der programmatischen Diskussion, die so angelegt sein muss, dass totalitäre Konzepte und dementsprechend auch die Repräsentanten solcher Konzepte innerhalb der AfD keine Chance haben.

2.7 Für die Aufnahme ihrer Mitglieder benötigt die AfD nur *ein* k.o.-Kriterium, nämlich eine grundsätzliche Verfassungstreue. Die etablierten Parteien dagegen haben hier im Hinblick auf ihre staatsauflösende EU-Politik, die den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung gefährdet, wesentlichen Erklärungsbedarf, was in diesbezüglichen Diskussionen herausgestellt werden sollte.

### III. Geostrategischer Hintergrund des Euro und wirtschaftspolitische Folgen

3.1 Der Euro wurde vor der politischen Klasse in Deutschland gegen den Mehrheitswillen der deutschen Bevölkerung eingeführt. Die Initiative ging von den Franzosen aus, die die D-Mark als "deutsche Atombombe" betrachteten. Mit der Abschaffung der D-Mark meinten sie, die deutsche Vorherrschaft innerhalb der EU nachhaltig brechen zu können. Kohl gab dem französischen Druck nach, weil er glaubte, anders die deutsche Wiedervereinigung nicht erreichen zu können.

3.2 Wenn auch auf den ersten Blick nicht ersichtlich, so hatten auch die US-Amerikaner ein großes Interesse an der Einführung des Euro. Sie erkannten, dass angesichts der Verschiedenheit der politischen Kulturen in Europa eine Vereinigung des Kontinents *innerhalb des westlich-US-amerikanischen Koordinatensystems* nur durch eine währungspolitische Zwangsmaßnahme umzusetzen war. Die gemeinsame Währung *Euro* sollte das zusammenzwingen, was politisch und wirtschaftlich nicht, oder zumindest noch nicht, zusammengehörte.

3.3 Frau Merkel hat recht, wenn sie sagt: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Das gilt freilich nur für das Brüsseler Europa, das auf Gedeih und Verderb im westlichen Bündnis eingefügt ist und durch das die europäischen Staaten, vor allem Deutschland, siamesisch an die USA gefesselt sind.

3.4 Für die USA gibt es derzeit zwei große geostrategische Gegner: Russland und China. Eine solche Situation kennen sie von den 1930er Jahren des letzten Jahrhunderts her. Damals erledigten sie in einem ersten Schritt den (kleineren) der beiden Rivalen, nämlich das nationalsozialistische Deutschland, um dann in einem zweiten Schritt (sog. *Kalter Krieg*) den strategisch größeren und gefährlicheren Konkurrenten, die kommunistische Sowjetunion, niederzuringen.

3.5 In gleicher Weise konzentrieren sie jetzt Ihre Kräfte, um zunächst den kleineren Rivalen, nämlich Russland, politisch kalt zu stellen. Gleichzeitig legen sie sich mit dem größeren, strategisch gefährlicheren Rivalen, nämlich China, möglichst wenig an. Nachdem sie – so zumindest hoffen sie es – Russland wie auch immer

ausgeschaltet haben, zum Beispiel durch eine Aufspaltung in mehrere kleinere Staaten, gedenken sie, politisch gestärkt das Ringen mit China um definitive globale Vorherrschaft für sich entscheiden zu können.

3.6 In dieser Sicht stellt die Brüsseler EU einen essenziellen Baustein amerikanischer Geostrategie vor allem gegenüber Russland dar. Insbesondere sollten mit der sog. Osterweiterung der EU die vormals dem sowjetischen Block angehörenden Staaten systematisch ins westliche System eingegliedert und so nachhaltig dem russischen Einfluss entzogen werden.

3.7 Dass durch die Aufnahme von Staaten wie Rumänien und Bulgarien, die in jeder Hinsicht noch Jahrhunderte hinter derzeitigem europäischen Standard herhinken, die Integrationsfähigkeit Europas und vor allem Deutschlands völlig überfordert wird, interessiert die USA nicht. Sie betrachten es sogar als zusätzlichen Vorteil, wenn der wirtschaftliche Konkurrent Deutschland dadurch entscheidend geschwächt wird.

3.8 Der von der EU rechtlich abgesicherte Zugriff von Millionen Ost- und Südeuropäern auf das deutsche Sozialsystem, die aus diesem System Leistungen beziehen können, ohne je in es eingezahlt zu haben, wird über kurz oder lang zu dessen Zusammenbruch führen. Durch extreme Belastung der deutschen Steuerzahler und Sparer wird man versuchen, den Sozialstaatsbankrott möglichst lange hinauszuschieben. Der deutsche Mittelstand wird dadurch faktisch ökonomisch liquidiert werden.

3.9 Darüber hinaus ist schon jetzt ersichtlich, dass Diebstahls- und Gewaltkriminalität mit zunehmender innereuropäischer Freizügigkeit dramatisch zunehmen: Alle vier Minuten geschieht in Deutschland ein Diebstahl, und die entsprechende Aufklärungsquote ist minimal. Die Polizei kann diesbezüglich den Bürger nicht mehr schützen. Das Risiko der Bestrafung der Täter schwindet und damit auch das Rechtsstaatsprinzip. Auch der soziale Frieden in Deutschland wird dadurch ernsthaft bedroht.

3.10 Nach Euro-Einführung und EU-Osterweiterung ist der geplante Beitritt der Türkei das dritte große politische Projekt der EU. Auch hier geht es im wesentlichen um das geostrategische Kalkül der US-Amerikaner. Die Türkei soll als fest in den Westen eingebundene regionale Großmacht im Nahen Osten eine Ordnung im Sinne der USA inklusive der Wahrung deren wirtschaftlicher Interessen gewährleisten. Mit allen Mitteln will man verhindern, dass sich die Türkei verselbstständigt und im Bündnis mit anderen muslimischen Staaten, z. B. Ägypten, eine womöglich anti-amerikanische und antiisraelische Politik im Nahen Osten betreibt.

3.11 Die überwiegende Mehrheit der europäischen Bevölkerung lehnt einen EU-Beitritt der Türkei ab -- nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus kulturellen Gründen. Sie ist nicht bereit, ihre wirtschaftlichen und kulturellen Interessen amerikanischer Geopolitik zu opfern.

3.12 Die Politik um den Euro hat also nicht nur eine wirtschafts- und währungspolitische, sondern eine noch größere geopolitische Dimension. Wenn man die Euro-Problematik in diesem Kontext betrachtet, ist die AfD-Programmatik nicht eindimensional. Sie kann in dieser Sicht als umfassend alternatives Konzept zur Politik der im Bundestag agierenden Parteien gesehen werden.

3.13 Wirtschaftlich führt der Euro zum Bankrott der Geber- und der Nehmerstaaten. In den Schuldnerstaaten führen die geplanten Rettungsmaßnahmen schon kurzfristig zum Zusammenbruch der Wirtschaft (Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum). In den Geberstaaten dagegen kommt es zum finanzpolitischen GAU, sobald die ersten größeren Bürgschaften eingelöst werden müssen, die man unterschrieben hat. Durch strenge Sparpolitik wird der Untergang der Südstaaten, durch Fortführung der Schuldenfinanzierungspolitik der Nordstaaten beschleunigt – für beide also in absehbarer Zeit ein wirtschaftliches Debakel.

## IV. Weitere wichtige Themen für die Programmentwicklung der AfD

Hier sind folgende Themen in den nächsten Monaten bevorzugt aufzuarbeiten:

- das *Zuwanderungsproblem*
- das Problem *Nationalismus – Supranationalismus*
- das Problem des *politischen Islamismus*

4.1 Beim **Zuwanderungsproblem** hat die AfD bereits eine Positionsbestimmung angedeutet, indem sie sich zu den juristischen Prinzipien des kanadischen Einwanderungs- und Einbürgerungsrechts bekannt hat. Als weitere Grundlage könnten (mit Ausnahme seiner „genetischen“ Schlussfolgerungen) die Ausführungen von Th. Sarrazin zu diesem Thema dienen: Erwartungskultur statt Willkommenskultur.

4.2 In besonderer Weise muss hier auch die sog. **Armutszuwanderung** aus osteuropäischen Staaten thematisiert werden, wobei es um eine Aussetzung des Schengener Abkommens und eine sofortige Wiedereinführung der Visumpflicht für zahlreiche osteuropäische Staaten ginge.

4.3 Das **Nationalismus-Supranationalismus-Problem** liegt praktisch jeder Diskussion über die Politik der EU zu Grunde. Die Frage ist, ob man sich hier auf die *formale* Ebene beschränkt, also nur den bürokratischen Zentralismus (Glühbirnen- und Gurken-Normierung) kritisiert und mehr Dezentralisierung, Regionalisierung und Subsidiarität einfordert;

oder ob man die *wirtschaftspolitische* Dimension des Themas stärker akzentuiert und hier vor allem die Durchsetzung der Interessen multinationaler Konzerne über die EU an den Pranger stellt (wichtigstes Beispiel zur Zeit die Privatisierung der Wasserversorgung);

oder ob man den grundsätzlicheren Gedanken in den Vordergrund stellt, dass die supranationalistische Politik der EU, d.h. ihr Versuch, die Nationalstaaten aufzulösen („Vereinigte Staaten von Europa“), insgesamt einen unzulässigen Angriff auf die nationale Identität der in Europa in Jahrhunderten gewachsenen Staaten darstellt; dass also das Nationalstaatsprinzip als solches gegenüber dem Supranationalismus der EU verteidigt werden muss.

4.4 Dass der **terroristische Islamismus** ein großes Problem ist, bestreitet niemand. Diskussionen freilich gibt es schon bezüglich der Gewichtung dieses Problems innerhalb der Geheimdienste: Sollen sich diese mehr um den Rechtsterrorismus im Sinne des NSU-Terrorismus kümmern, was -- man kann die Geheimdienstkosten ja nicht ins Uferlose steigern -- notwendig zu einer Reduzierung der Überwachung islamistischer Terroristen führt? Oder ist die Gefahr des NSU-Terrorismus durch rotgrüne Propaganda übermäßig aufgebauscht worden und würde eine von den Linken geforderte Umorientierung des Verfassungsschutzes die Gefahr islamistischer Terroranschläge vergrößern (mit ganz anderen Dimensionen der Opferzahlen, siehe Madrid, siehe London)?

4.5 Wichtiger freilich ist das Problem des **politischen Islamismus**, das in der politischen Öffentlichkeit überhaupt nicht thematisiert wird. Dabei ist der salafistische Islamismus in Ägypten inzwischen an der Macht. Auch die saudischen Wahhabiten agieren international – vor allem durch großzügiges finanzielles Sponsoring. Für die Bundesrepublik Deutschland ist der türkisch-nationalistische Islamismus von Bedeutung, der vor allem mit dem Namen Erdogan verbunden ist. Hierzu einige Zitate, die einer weiteren Kommentierung nicht bedürfen:

- „Es gibt nicht Islam und Islamismus, es gibt nur einen Islam. Wer etwas anderes sagt, beleidigt den Islam“.
- „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.
- „Die türkische Gemeinschaft mit ihren drei Millionen Menschen sollte in der Lage sein, in der deutschen politischen Landschaft einen Einfluss auszuüben und einen Druck ausüben, um Beschlüsse zu erwirken. Warum sollten wir nicht Lobbyismus betreiben, um unsere Interessen zu schützen ...“
- Was Erdogan unter Demokratie versteht, erklärt er bildhaft: Sie sei wie ein Zug. „Wenn wir am Bahnhof sind, steigen wir aus.“
- Und was ist der Bahnhof, an dem er ankommen will: "Wir werden die europäische Kultur mit der türkischen impfen, um diese Länder zu türkisieren .....Die Türken werden die europäische Kultur wesentlich verändern!“
- Schließlich erklärt sein Außenminister Davutoglu die religiöse Dimension dieser Strategie, dass nämlich "der EU-Beitritt der Türkei von der rigiden westlichen Identität weggeführt wird und dass das europäische Christentum islamischer werden muss“.

4.6 Deutsche Politiker, die solche Äußerungen nicht ernst nehmen und nicht im eigenen politischen Konzept berücksichtigen, sind entweder verantwortungslose Appeasement-Politiker (vor allem in den C-Parteien) oder direkte Lobbyisten des politischen Islamismus (vor allem in den rot-grünen Parteien). Es geht nicht um eine politische Kritik am *Islam*, sondern an dessen aggressiver Politisierung, die wir als „Islamismus“ bezeichnen – eine Unterscheidung, die Erdogan aus ersichtlichen Gründen nicht machen will. Der politische Islamismus ist keine religiöse, sondern eine politische Gefahr, die dementsprechend auch einer politischen Antwort bedarf!

4.7 Es sollte das Ziel der AfD sein, bis zur Bundestagswahl 2013 über das Euro-Thema hinaus in den genannten drei Themenkomplexen ein programmatisches Profil entwickelt zu haben.